

Bezugs-Preis
In der Hauptstadt über den im Stadt-
bezirk und den Vororten erdichteten Sub-
skribenten abgeholt: vierteljährlich 4.50,
bei postlicher Abnahme halbjährlich 8.00,
bei postlicher Abnahme jährlich 15.00.
Derzeitige Abnehmer: vierteljährlich
4.50, halbjährlich 8.00, jährlich 15.00.
Die Wergeld-Kosten sind nicht mitzuzählen.
Die Wergeld-Kosten sind nicht mitzuzählen.
Redaktion und Expedition:
Johannstraße 6.
Die Expedition ist Montag bis Samstag
von 8 bis 10 Uhr abends 7 Uhr.
Filialen:
Otto Kamm's Berlin, (Kilber Straße),
Unter den Eichen 1,
Erlau 218.
Rathenowstr. 14, part. und Reichstag 7.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
Die 6spaltige Zeile 20 Hgr.
Reclamen unter dem Rubricationspreis (4 sp-
altig) 50 Hgr., von dem Sonntagshefte (4 sp-
altig) 40 Hgr.
Weitere Gebühren laut altem Preis-
verzeichnis. Zeitungs- und Anzeigen-
nach diesem Tarif.
Extra-Beilagen (gratis), nur mit der
Hauptausgabe, ohne Postgebühr
A 60.—, mit Postgebühr A 70.—.
Annahmefrist für Anzeigen:
Hauptausgabe: Sonntag 10 Uhr.
Wergeld-Kosten: Montag 4 Uhr.
Sonntag und Feiertag früh 10 Uhr.
Bei den Filialen und Korrespondenzen ist eine
halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition
zu richten.
Preis und Verlag von G. Holz in Leipzig

№ 595. **Mittwoch den 21. November 1894.** **88. Jahrgang**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Das 42. Stück des dreijährigen Kreisgerichts ist bei und
eingegangen und wird bis zum 14. December d. J. auf dem
Rechtsamt zur Aufzeichnung öffentlich ausliegen.
Zu Ende enthält:
Nr. 2301. Berechnung, betreffend die Abrechnung landbesitzlicher
Belegstücke auf den Grundbesitz in Völs-Lothringen.
Leipzig, den 17. November 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rendant.

Bekanntmachung.
Hoyen Kuffung einer Kuffung mit der Wierger-Strasse
in Leipzig in ihrer Ausdehnung von der Gabel-Strasse
bis zur Wierger-Strasse
am 22. und 23. dieses Monats
für den durchgehenden Verkehr freigegeben.
Leipzig, am 20. November 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rendant.

Gesucht
wird der am 10. Mai 1865 hier geborene Bergarbeiter Friedrich
Carl Wilhelm Müller, welcher zur Führung für seine Familie an-
gehört ist.
Leipzig, den 16. November 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
A. R. II, Nr. 2420. Rendant.

Ereidigt
hat sich unsere Bekannmachung vom 28. März 1893, des Nach-
drucks Friedrich Wernig Genußlich den hier betriebl.
Leipzig, am 17. November 1894.
Der Rath der Stadt Leipzig.
A. R. IV, Nr. 807 b. Rendant.

Bekanntmachung,
Die Kirchenverwaltung in der Johannisgemeinde
betreffend:
Für das Jahresbudget für das Jahr 1894 ist das Budget
vom 31. October 1894 durch den Kirchenrat beschlossen.
Die Wahl soll
Dienstag, den 27. November 1894,
in der Expedition der Johannisstraße, Johannisplatz 8, L.
von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr (ohne Unter-
brechung in der Mittagspause) stattfinden. Stimmentrichter sind
diejenigen, welche auf Grund rechtlicher Anwartschaft in die Stim-
liste aufgenommen sind.
Die Wahl hat zu erfolgen durch persönlich anwesende Ab-
geordnete eines Stimmzirkels. Jeder Wähler kann sich Wahlrecht vor
einem Verwalter ausüben. Jeder Wähler hat sechs Stimmzettel,
welche dem Jahresbudget beizugeben sind und mindestens
30 Jahre alt sind, noch Laub- und Familienname, Stand oder
Beruf angeben zu müssen.
Für jeden Stimmzettel ist ein Stimmzettelberechtigter auf,
den 27. November 1894 innerhalb der obgenannten Stunden
im Wahllokal anzufinden und im Rahmen der Stimmen den guten
Wahl, beizugeben. Die Wahl, welche die Wahllokal und die Wahl-
lokal zu richten.
Leipzig, den 14. November 1894.
Der Kirchenrat in St. Johannis.
F. W. Traub, Rendant.

Generalversammlung
der Christenvereine für Leipzig und Umgebung
Sonntag, den 29. November 1894,
Abends 8 Uhr
im großen Saal des Hotel de Polegno,
Leipzig, Heinrichstraße 16/18 (Eingang von 1. Stod.).
Tagesordnung:
1) Wahl des aus drei Personen bestehenden Ausschusses für die
Beratung der Angelegenheiten des laufenden Jahres, sowie der
Berichterstattung;
2) Bericht des Ausschusses, Berichterstattung und Bericht der
Mitglieder und der Angehörigen;
3) Die in jedem Mitgliede der Generalversammlung angeordnete
Umschreibung des Namens an der Generalversammlung.
Derjenigen Bericht, welche bis zum 27. d. M. eine Entschlei-
bung nicht erhalten haben, werden erachtet, diese im Voraus zu
verleihen.
Leipzig, am 19. November 1894.
Der Vorstand
der Christenvereine für Leipzig und Umgebung.
Dr. Wilhelm Schmale, Rendant.

Die Schilde- und Wapp-Verordnungen für den Neubau eines
Gemeinde- in Leipzig sollen im Wege öffentlicher Aus-
schreibung nach Projekten der Aufzeichnung im Hofe von
12 000.00 A verhandelt werden. Der Termin ist Mittwoch,
den 28. d. M. Vorm. 10 Uhr im Rathsausschuss der
unterzeichneten Bauämter, Alexanderstraße 10, I. abzuhalten,
wobei die Zeichnungen, Wappentwürfe und Bedingungen zur
Sicht ausliegen; außerdem lassen die Bedingungenunterlagen
gegen Entrichtung der Gebühren bezogen werden. Angebote mit der
Aufsicht: Schilde- und Wappentwürfe IV. 100 sind verfertigt
und stehen bis zu obigen Zeitpunkt einzusehen. Die Kosten
unter dem Vorbehalt nicht zu überschreiten.
Leipzig, den 20. November 1894.
Der Königlich Preussische Baubeamte.

Wilhelm Koscher's letztes Werk.
Wenn ein Mann, der Jahrzehnte gewöhnt hat, unter Dach
gebracht wird und die frohen Zeichen der Vollendung
mühevoller Arbeit vom Hirte grüßen, dann feiert der Bau-
meister dankbaren Organs des höchsten langer Mühen und
Wagens. Mit dem letzten Bande des „Lebens der Volks-
wirtschaft“, der fortan herausgegeben von einem seiner besten
Söhne, erscheint und die Armenpolitik behandelt (J. G.
Lotta'sche Buchhandlung in Stuttgart, 340 Seiten, 5 A.),
ist das Lebenswerk abgeschlossen, das Wilhelm Koscher
der 40 Jahren zum ersten Male an die Welt-

lichteit brachte. „Mit Gottes Hilfe“ — so begann
er die Rede des im Mai 1854 erschienenen ersten Bandes
— soll das vorliegende Werk in vier Bänden vollendet werden.“
Den Plan des Ganzen hat er einhalten können. Nur äußerliche
Gründe bestimmten die Theilung des letzten Bandes in zwei
Hälften. Sept. wo der letzte Teil in die Welt hinausgeht,
ruht der Meister, dessen Worten Lausende aus allen Culturlän-
dern gelauscht, dessen Schriften, in die verschiedensten
Sprachen überlegt, deutschen Ernst, deutsche Tiefe und Viel-
seitigkeit bewahrt, und gefördert haben, in Gottes Frieden.
Koscher war auch sein freundlicher Helfer, in dem Geist
und Mute sich vereinigen, nicht mehr leblich schauen, so
sucht sein Sinn doch übertragend und fühlend aus seinen
Schriften zu uns. Denn, die den Verlust des bis vor Kurzem
noch so tüchtigen Mannes als einen „zu frühen“ beklagen,
wischen wir mit Koscher (S. 39) das Wort Kretz's zu-
rufen: „Rein Mensch entbehren, so lange Gott ihn läßt;
sein Mensch unentbehrlich, sobald Gott ihn abruft.“ Koscher
führt dies Wort an als ein willkürliches Schicksal gegen
den unglücklichen Verfall der Armen wie gegen klassische
Wissenschaften.

In einer Zeit, in der oft schon die Studentenjahre zu
einer verfrühten Bekanntheit auf Socialpolitiker verleiten,
ist es befremdend wohl, einem Manne zu begegnen, dessen
unbefangener Blick das ganze Gebiet seiner Wissenschaft um-
spannt, ohne daß er deshalb oberflächlich würde, und der
auch die angrenzenden Gebiete verständlich und liebevoll be-
trachtet. Diese Seite Koscher's zeigt sich auch bei dem
vorliegenden Bande in schärfster Weise. Die Armenpflege
bietet eine enge Verbindung volkswirtschaftlicher und socialer
Gesichtspunkte mit den höchsten der christlichen Nächstenliebe.
Für einen Mann, der, wie Koscher, auch als Lehrer
und Schriftsteller den Christen nicht außer Acht lassen
wollte, war es ein stolzer Lebens-
auftrag, daß seine letzte große Arbeit die wissen-
schaftlich-haushaltliche Regelung der Werke der Armen-
pflege behandelte. Die reiche Erfahrung eines
70-jährigen Lebens, der viele Frieden eines der irdischen
Dinge klar durchschauenden Geistes und einer tiefen Zu-
sammenhang mit dem menschlichen Dasein berücksichtigenden
Seele liegt über dem Werke ausgebreitet, das dem Heim-
gegangenen im besten Sinne nachfolgt.

Die Einleitung ist einfach und klar. In der Einleitung
werden die Ursachen der Armut besprochen, im ersten Buche
ihre Heil- und Unterzuchtungsart, im zweiten die Vertheilungs-
mittel. Das Ganze ist durchsichtig gehalten, getragen
von Erfahrungen, die Koscher nicht nur in längeren Jahren
als Leipziger Armenpfleger selbst gemacht, sondern auch aus
anderen Ländern und Zeiten gesammelt hatte. Ein sehr aus-
sagekräftiges Register, das der älteste Theil des Verfassers zu-
sammenstellt, erleichtert den Gebrauch des Werkes. Wir
sehen voraus, daß J. V. Leipziger Armen-Verhältnisse an
zahlreichen Stellen besprochen sind.
Eine Fülle wichtiger Zeitfragen wird in dem Buche er-
örtert, so die große Frage, ob die Geburtenzahl oder der
Unterstützungsbedarf Grundlage der Armenunterstützung sein
müsse, das Verhältnis der Privatwohlthätigkeit zur öffent-
lichen Armenpflege, die Bestimmung des Geldes, die Frage,
inwiefern die Kirche sich bei der Armenpflege betheiligen
sollte und solle. Die Handelshülfe, Kruppen,
Kinderbewahranstalten, die Diakonissen-Anstalten, Armen-
colonien, Armenvereine, die Fürsorge für Waisen, Blinden,
Taubstumme, Epileptische, Irrenden, die Arbeitshülfe,
die Arbeitsnachweisungs-Anstalten, die Ordnung der Heimath,
Arbeitscolonien, die Krankenheiler, Irrenhäuser, Straf-
und Besserungsanstalten werden unter den Heil- und Unterzuchtungs-
mitteln der Armut besprochen.
Im zweiten Theile (Kapitel) zur Verhütung der Armut
werden die Fragen des Sparwesen, der Verhütung,
der Consumtion, die Lebensversicherung für die unteren
niedere Klassen und zum Schluß die große deutsche Social-
gesetzgebung, sowie der internationale Arbeiterkampf erörtert.
So trägt gerade das letzte Werk des treuen Forschers
besonders viel zur Aufhellung wichtiger Zeitfragen bei. Es
wird in allen Kreisen unserer Väter, Jungmänner, Volkshülfe
und — gegen Vermitteln.

In welcher Weise Koscher den Gegenstand aufweist, mögen
einige von ihm aufgestellte Sätze zeigen, die zugleich erkennen
lassen, wie ihm die Klarheit, Ordnung und Vollständigkeit des
Ausdrucks bis zum letzten Grade stand. Das ganze Werk ist
für Gebildeten und Studierende geschrieben. Bei aller
Tiefe des Inhalts ist seine Fassung doch vollkommen gemein-
verständlich. Koscher schreibt: „Der Zweck des Armen-
pflegers soll in seiner beiderseitigen Sphäre zugleich etwas
Christliches, Sozialpolitisches und Staatsmännisches sein.“
(S. 38) „Ein Hauptverdienst guter Armenpflege ist das
einstufige Zusammenwirken aller der Klassen, welche über
den Armen stehen. Bessere und Bessere sollten dabei
zusammenwirken; diese haben oft mehr Sachkenntnis, aber
auch mehr Begeisterung als jene.“ (ebenda). „Ein Armenpfleger
ist nie glücklich, wenn er nicht nicht, so lautet es“ (S. 40).
„Zugegeben ist für die Erde, wie für den Leib des
Armen“ (S. 43). „Die kirchliche Armenpflege soll das Ziel
der Armenpflege überhaupt sein: verlassene Seelen erträgt
man nicht auf die Dauer, solange aber halten sie nicht“
(S. 52). „Kasse den Armen womöglich im Schooße seiner
Familie“ (S. 58). „Wer seine Armut ungewissheit selbst
verschuldet hat, der sollte ja nicht reichlich unterrichtet werden.
Bei allen voranzubehaltenen Unglücksfällen muß der Armen-
pfleger hart sein“ (S. 61). „Die einseitige Unterzuchtungs-
fähigkeit der Gemeinde zu Jerusalem (Arbeitsgeschichte 4, 32)
war nur eine Gemeinlichkeit des Gebrauches, nicht des Geistes
und durchaus eine Betätigung freier Liebe, am aller-
niedrigsten ein Recht, welches die Armen in Anspruch ge-
nommen hätten“ (S. 75). „In der Armut hat die göttliche
Vertheilung eine kirchliche Erziehungsanstalt für Reiche und
Arme geschaffen, analog der gegenseitigen Bedürftigkeit der
Weichlichen, der Lebensalter u. s. m.“ (S. 129).

Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 20. November. Bekanntlich war schon seit
längerer Zeit angesetzt worden, eine Zusammenkunft der
deutschen, französischen, italienischen, dänischen und
wiederum auch englischen Abgeordneten der socialistischen Parteien
abzuhalten, um bei hochwichtigen Angelegenheiten ein ge-
meinames parlamentarisches Zusammenwirken
zu erzielen. Diese Zusammenkunft war zum Ende dieses
Monats in Brüssel festgesetzt. In deutschen socialistischen
Kreisen vertritt man sich von dieser Conferenz gerade nicht
wohl; die Delegation der Italiener, Belgier und Franzosen
werden sicherlich, wie es heißt, darauf bestehen, daß bei Aus-
bruch eines Krieges die socialistischen Parteien der kriegs-
führenden Länder den Generalstreik auszusprechen und der
Deerevolletheit verweigern sollen. Auf dem internationalen
Congreß in Brüssel hatten die Holländer einen dabingehenden
Antrag eingebracht, der aber von den Deutschen auf das
Energischste bekämpft wurde und auch zu Falle kam. Der
Standpunkt der Deutschen in der Frage, welche Haltung die
Partei beim Ausbruch eines Krieges einzunehmen habe, dürfte
sich auch trotz der fortwährenden Meinungsänderung nicht geändert
haben. Jedem ist es bekannt, daß ein Krieg mit Rußland
gerade bei der socialistischen Partei nicht unpopulär sein
würde. Man wird sich erinnern, daß deutsche socialistische
Abgeordnete für den Bau des Nordsee-Kanals sich sehr er-
kennlich und zwar nicht allein deshalb, weil eine erhebliche
Arbeitslosigkeit durch vielen gemäßigten Mann geschaffen
wurde, sondern auch deswegen, weil, wie in Berliner Volks-
versammlungen gesagt wurde, der Canal wesentlich dazu be-
itragen würde, Deutschland nach dem Osten hin schlagfertig
zu machen. Also für eine Revolution, den Ausbruch eines
Krieges mit einem Generalstreik zu beantworten, dürften die
Deutschen nicht zu haben sein, freilich nicht aus patriotischen
Rücksichten.

Berlin, 20. November. Gegenüber einer von uns ge-
brachten Correspondenz aus Baden wird uns aus Nord-
deutschland geschrieben: Wegen des Beschlages dieser Corre-
pondenz, bei der von den verbliebenen Regierungen in Aussicht
genommener Kündigung der Tabaksteuerung, bei Auf-
hebung der jetzigen Tabaksteuer von 45 A den Eingangs-
auf ausländische Tabake auf 55 A zu belassen, wenn auch
vor für eine Lebensdauer, anstatt nach dem Regierungs-
verträge und der Zeit um 45 A zu ermäßigen, also
auf 40 A herabzusetzen, nach im Interesse des ganzen
deutschen Reiches, das nicht die Interessen tabak-
bauender Districte vertritt, Einspruch erhoben werden.
Dieser Einspruch erinnert sehr lebhaft an den seiner
Zeit mit überwältigender Mehrheit im Reichstag abgelehnten
Antrag Wagner. In der Tabakindustrie ruhet man sich
nach wie vor energisch gegen die neuen Tabaksteuerprojecte.
Die Durchführung eines Vorschlages wie der obigen würde
man aber mit Recht als einen Lebensfakt für die sehr aus-
gedehnte norddeutsche Cigarettenindustrie anerkennen müssen, denn
kaum die nord- und mitteldeutschen Regierungen zusammen
blühen, werden sie ihre Landesinteressen nachzugehen. Die
eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Tabak die Lage
ebener wird, muß nicht einseitige landwirtschaftliche Interessen
zu fördern suchen, sondern auf Vorschläge zurückgehen, die im
Vorteil der letzten Seiten mehrfach in eingehender Weise
erörtert werden sind. Der Aem in der Tabakindustrie das
Fabrikationswesen mit seiner Controlle und seinen Be-
schlüssen in der Fabrikation verhält, die zwar in den
Steuerprojecten als harnlos beiderseitig werden, von denen
aber die im Geschäft stehenden sicher annehmen, daß sie
alldaher zur Verhinderung somit unermesslicher Unterzuchtungs-
bis zur Unmöglichkeit verdrängt werden müssen. Will man
daher überhaupt einen Versuch machen, in einer für einen
Theil der Industriellen allenfalls verlässlichen Form ein
Wiedererlangen aus dem Tabak zu finden, so muß man von
der vermeintlich social-politischen verlässlichen Abweisung der
Steuer nach dem Wert, wie sie bei der Fabrikation ge-
bracht ist, absehen. Man müßte vielmehr das Gewichtstren-
nen beibehalten unter anderem gleicher Erhöhung von
Steuer und Zoll, und will man dann „die Preise des armen
Mannes“ billiger machen, so fahre man für Cigaretten einen
erheblich verminderten Satz ein. Dann werden man nicht
nur den Ausbruch, sondern auch die billigen Cigaretten-
steuer, zu denen, wie die beim Antrag Wagner auf den Tisch
des Hauses niedergelegten Cigarettenproben beweisen, auch ge-
wisse Steuer leicht benutzt werden können. Auch den Tabak-
bauern geschieht damit ein Vortheil, denn die Mehrzahl der
überflüssigen süddeutschen Tabake wird nun gemindert, wenn sie
mit milden amerikanischen Steuern gemindert werden. Gerade
diese inländischen Tabakarten sind es eben, die Reich leiten, die
leichteren, milden inländischen Tabake haben niemals Reich
geliefert und bedürfen keines gesteigerten Schutzes. Dieser
hier kurz skizzierte Vorschlag soll von einem der erfahrensten
Geschäftsleute der Tabakbranche schon im vorigen Jahre ge-
macht sein, und wenn Regierungen und Parteien sich von
Neuem mit dem Gedanken befassen, den Tabak mehr
bluten zu lassen, obgleich alle Interessen anderer Steuer-
zahler für unschädlicher halten, so sollte man ihn von Neuem
ernstlich erörtern, sich aber vor Projecten hüten, die nur ein-
seitigen Interessen dienen.

Unter einem andern Standpunkt verstandener bühler
Correspondent, dem wir die Aufmerksamkeit mitgeteilt haben,
bemerkte dazu: „Von einer Belastung des Rolles auf 55 A
muss auch nur „für eine Lebensdauer“ in der Corre-
pondenz aus Baden nicht die Rede gewesen; dieselbe spricht
von einer harnlosen Erhöhung bis etwa 45 A,
wobei natürlich im ersten Jahre schon eine Harnlosemündung
Platz zu großen hätte. Uebrigens macht die Correspondenz
auch keinen Schritt zu nach dieser Richtung, sondern er-
müht nur, daß auch dieser Vorschlag gemacht werde.“

Berlin, 20. November. Die Angelegenheit der
Organisation des Handwerks steht nach dem „Hamb.
Correspondent“ folgendermaßen: Die in preussischen Landes-
ministerien angearbeiteten und schon längere Zeit im
Aufnahme, wenn nicht direkte Ablehnung gefunden. In
gerade den Kreisen steht das man sich gleichfalls mehr der
letzteren Kreise gegenüber. Man ist nun auf den vermittel-
nden Entwurf gekommen. Vor r: Inangriffnahme: (er-

Organisation erst einmal berufene Körperschaften ein-
zurichten, die man bei den weiteren Projecten als
Beratungs- und Begleitungsinstanz in Anspruch nehmen
kann und zwar dergestalt, daß diese Körperschaften in der
That als wirkliche Vertreter der gesammten Handwerks-
und Kleinvertriebs sich darstellen. Die die Handwerks-
kammern durch die Landesparlamentarier, so sollte
auch der Gewerkschaft durch Handwerkerkammern eine
selbst organisierte Vertretung erhalten. Zur Verwirklichung
dieser Forderung dürfte allerdings eine kirchliche Erhebung
über die Verhältnisse im Handwerk notwendig sein, schon
deshalb, weil die Organismen zwischen Gewerkschaft und
Kleinvertrieb keineswegs leicht erkennbar verlaufen.“

Berlin, 20. November. Das der gegenwärtige Streit
zwischen der norddeutschen und der süddeutschen
Socialdemokratie nur oberflächlicher Natur ist und die
„Grenzen“ nicht daran liegen, das eine revolutionäre Ziel,
die Verwirklichung des sozialen Staates, gemeinsam zu verfolgen,
haben wir wiederholt angeführt. Das wie die Sachlage
richtig beurtheilt, beweist auch ein von einem inländischen
Socialdemokraten an den „Socialist“ gerichteter Schreiben,
in dem es heißt:
„Die Nr. 45 des Socialist beschäftigt sich mit den Verhandlungen
des Bremerer Parteitag. Dieser Artikel enthält auch den
Entwurf, als ob auch die, nennigst Norddeutschen, etwas sozial-
politisch zugebaut wären, da die in energisch für die Ger-
manische Partei stehen im Gegensatz zu den Bayern, während die
Kommunisten stehen. Die werden herausfinden, daß die Bayern
sich und gar nicht socialdemokratisch sind, sondern viel mehr auf das
große Ganze abzielen, als die Norddeutschen, daß die
Lauter Wilmers und seine Freunde eine viel realistischere,
revolutionärer wirkende ist, als diejenige der Nord-
deutschen.“

Bayrischen wird die Rede in Wort und Schrift fort-
gesetzt. Der Artikel beginnt mit „Wilmers“ eine Polemik
gegen die „Socialist“ folgendenmaßen:
„Die vorerwähnten Verhandlungen des „Socialist“, die
von Wilmers herkommen — diese steht im Gegensatz zu
sich, wie man das bei ihm gewohnt ist, nicht mehr durch unüber-
windliche Schwierigkeiten und Unklarheiten, als durch Logik
und sachgemäße Überlegung.“

Y. Berlin, 20. November. (Tel.) Der Kaiser und die Kaiserin
ließen gestern Mittag kurz nach 1 Uhr nach dem Neuen
Palais zurück. Der Aufenthalt waren der General J. D.
v. Kott und der Militär-Anwalt in Wien, Kaiser-Rath
Graf v. Pöhlitz, Graf v. Helldorf, mit einer Einladung bereit worden.
Heute früh unternahm der Kaiser um 7 1/2 Uhr einen Spazier-
gang und arbeitete nach der Rückkehr von 8 1/2 Uhr ab mit
dem Generaladjutanten v. Hahnke. Heute gebachte der
Kaiser im Laufe des Morgens der Oberbefehlshaber eines
einigen Aufmarsches zu Ehren des kaiserlichen Commandanten
besuchen, des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, theo-
pompisch.

Y. Berlin, 20. November. (Telegramm.) Gouverneur
von Sachse meldet aus Torg-er-Zooem, daß er am
30. October die Hauptstadt Kützinga im Wahlbezirk
gegründet und nach mehrwöchentlichen Kämpfe gewonnen
habe. Auf deutscher Seite fielen Konstantin Waas und
acht Kettarik. Der Verlust der Waas war sehr be-
deutend. Eine große Menge Vieh, beträchtliche Eisenbe-
stände, Geschütze und Gewehre der Jelenki-Expe-
dition, sowie große Pulvervorräthe fielen den Siegern
in die Hände. 1500 geerbte Weiber und Kinder
wurden befreit. — Der „Reichsanzeiger“ meldet des Weiteren:
Kützinga wurde von 3000 Kriegen verteidigt, es ist mit
einer kleinen, baltischen Kanonengruppe umgeben und
mit zwei Batterien versehen. 29 Kettarik sind schwer, die
Vizegouverneur Gucik und Engelhardt und der Unter-
offizier Jähke leicht verwundet. Der Gouverneur trat
am 3. d. M. dem Rückmarsch nach Biffa an und wurde
am 6. November bei Waga von 1500 Kriegen angegriffen.
Der Angriff wurde abgelehnt. Die Haltung der
Truppen am 30. October und am 6. November war vor-
züglich.

B. Berlin, 20. November. (Privattelegramm.) In
dem Etat der Marineverwaltung für 1895/96 wird auch der
Industrieunterstützung des schwimmenden Materialmaterials
sowie für die heimischen, als auch für die außerheimischen
Gewässer Mehrforderungen enthalten, die durch die
Fortbildung des Kreuzergeschwaders, die vermehrte In-
dienststellung von Jahrgängen auf den ausländischen Stationen,
sowie durch die Instandhaltung der 4 Panzerschiffe 1. Classe
während des ganzen Jahres 1895/96 begründet sind.

— Der „Alein-Beif. Bog.“ wird von hier geschrieben:
„In einer von der „National-Zeitung“ veröffentlichten An-
schrift war die Frage aufgeworfen worden, was aus dem vor-
längeren Zeit schon vorbereiteten Entwurf eines Vant-
depostengesetzes geworden ist. Derselbe ist zu antworten, daß
dieser Entwurf nicht nur seit zwei Jahren fertig gestellt,
sondern auch bereits im Januar 1893 dem Bundesrat ein-
gebracht worden ist. Der meist kurzweg „Landpostengesetz“
genannte Entwurf führt den amtlichen Titel „betreffend
die Pflichten der Kaufleute bei Aufzeichnung fremder Wert-
papiere“ und ist bestimmt, durch Ordnung- und Straf-
vorschriften den Depotirer zu prüfen den Commisssar
und dem Bundesrat zu legen. Der Bundesrat hat sich
allerdings bisher mit der Verabreichung dieser Vorlage Zeit
gelassen. Nachdem sie so lang verwehrt worden ist, scheint
es sich zu empfehlen, diesen Entwurf mit dem nunmehr in
bestimmte und nahe Aussicht gestellten Entwurf über die Un-
terhaltung des Börsenwesens gleichzeitig dem Reichstage vor-
zulegen, da ein Zusammenhang zwischen beiden Entwürfen
unverleugbar vorhanden ist.“

* Köln i. Pr., 19. November. In der hier abgehaltenen
Generalversammlung der Pommerischen ökonomischen
Gesellschaft wurde u. a. ein Antrag gestellt, dem
Herrn Ranig den Dank der Versammlung auszusprechen
für die der Landwirthschaft geleisteten Dienste. Dieser An-
trag wurde abgelehnt. Demersentwurf ist ferner, daß